

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 440 29. Juli 2009

15. Jahrgang

Neues (?) im Fall Rosenberg

Nachdem sich die erste Aufregung um den "Fall Rosenberg" etwas gelegt hat und man in und für Guatemala froh ist, dass der Protest gegen den Präsidenten und dessen Gattin nicht in einen Staatsstreich à la Honduras gemündet ist, haben die Medien in den letzten Wochen neue Hintergründe und Zusammenhänge - und Gerüchte - rund um die Ermordung des Anwalts aufgedeckt.

Wir veröffentlichen im Folgenden eine Zusammenfassung von zwei Artikeln aus *Inforpress Centroamericana* Nr. 1805 und 1807 zum Thema.

"Die Verräter beginnen zu sprechen", erklärte der guatemaltekeische Präsident Alvaro Colom in einem Interview in der mexikanischen Zeitung *La Jornada* und versichert weiter: "Die Auführer werden bezahlen". Zwar nannte er keine konkreten Namen, nennt aber jene, die das Video von Rosenberg (re-) produziert haben "Umstürzler, die wir schon noch identifizieren werden. Die Verräter beginnen, einander gegenseitig zu beschuldigen und an den Pranger zu stellen." Vater und Tochter Musa, die im April umgebracht wurden, sowie der unschuldige Rosenberg seien von gewissen Leuten dazu missbraucht worden, einen unliebsamen Präsidenten loszuwerden, der sie bei ihren schmutzigen Geschäften gestört habe (siehe ¡Fijáte! 435 und 437).

Ohne konkret zu werden, weisen Coloms Deklarationen auf die beiden Hauptstränge hin, welche die Fälle Musa und Rosenberg umwinden. Auf der einen Seite die These einer Konspiration gegen die Regierung, in der Rosenberg nur eine Marionette gewesen sei. Auf der anderen die Vermutung, dass sowohl die Ermordung des Unternehmers Khalil Musa wie jene des Anwalts Rosenberg ihre Ursachen in einem alten Machtkampf um die Vorherrschaft in verschiedenen Instanzen wie der *Nationalen Vereinigung der Kaffeeproduzenten* (ANACAFE) oder der *Ländlichen Entwicklungsbank* (BANRURAL) haben bzw. um den Abschluss lukrativer Geschäfte mit dem Staat (speziell dem Geschäft um die Ausstellung der neuen Personalausweise).

Im Interview mit der *Jornada* antwortet Colom auf die Frage der vermeintlichen Intervention der Regierung, die dazu führte, dass Musa nicht in die Vorstände von BANRURAL und ANACAFE aufgenommen wurde, wie dies Rosenberg in seinem Video andeutete: "Wir haben damit nichts zu tun. Es gab einen heftigen Zusammenstoss zwischen den Kooperativisten und Musa. Man muss das im Rahmen des wirtschaftlichen Wettbewerbs verstehen. Das einzige Interesse der Regierung war, die Sache wieder ins Gleichgewicht zu bringen - was in diesem Fall nicht funktioniert hat. Das Problem war aber nicht so sehr mit BANRURAL, sondern mit ANACAFE, wo es seit Jahren einen Interessenskonflikt zwischen den kleinen und grossen Produzenten gibt."

Auf die Frage, weshalb BANRURAL und ANACAFE im

Zentrum des Komplotts Musa-Rosenberg stünden, gibt sich Colom defensiv und verweist auf den Disput unter Bankiers um die Kontrolle von BANRURAL: "Meiner persönlichen Meinung nach geht es hier um wirtschaftliche Interessen. Im Verlauf der letzten fünf Jahre ist BANRURAL zur zweitgrössten Bank im Land angewachsen. Dieser Fall beweist, dass der wirtschaftliche Wettbewerb stärker ist als die Politik. Als Antwort auf die Anschuldigungen, BANRURAL habe administrative Probleme, ordnete ich eine Überprüfung aller Banken an, wogegen sich der Bankensektor auf Teufel komm raus wehrte."

Bis jetzt ist noch keiner der Beweise, die zu haben Rosenberg in seinem Video ankündigt hat, präsentiert worden. Dies führte zu Spekulationen darüber, dass Rosenberg gewisse Informationen, die er über Musa und andere Leute aus den Wirtschafts- und Bankierskreisen besass, für seine eigenen kommerziellen Interessen oder diejenigen einer Gruppe, der er sich verpflichtet fühlte, ausnutzte.

Vielleicht hat deshalb eine der Schlüsselpersonen dieses Komplotts, der Unternehmer Gregorio Valdés, beschlossen, rechtliche Schritte gegen Luis Medizábal und Mario David García einzuleiten. Die beiden haben das Video von Rosenberg aufgenommen, reproduziert und unter die Leute und an die Medien verteilt. Beschuldigt werden sie von Valdés, weil sie die Informationen, an die sie bei der Aufnahme und Reproduktion des Videos gelangten, nicht anzeigten und so den Mord an Rosenberg nicht verhindert hätten. In diesem Sinne seien sie als Komplizen, wenn nicht gar als Täter zu sehen. Valdés lässt sich in dieser Sache vom Anwalt Telésforo Guerra Cahn vertreten, einer Persönlichkeit mit politisch und beruflich düsterer Vergangenheit, unter anderem im Zusammenhang mit dem Korruptions- und Drogenfall "Moreno" und als Verteidiger des Schweizer Angeklagten im Drogenfall "Conexión Alemana" (siehe ¡Fijáte! 260).

Nachdem die These um einen vermeintlichen Staatsstreich etwas an Gewicht verloren hat, das Präsidenten-Ehepaar aus der Täter- in die Opferrolle geschlüpft ist und

angesichts der Nichtexistenz von den von Rosenberg erwähnten Beweismaterialien, haben sich auch die Medien anderen Thesen zugewendet, welche die Ursache der Ermordung des Anwalts sein könnten. Dazu gehören Untersuchungen über wichtige Aufträge, die der Staat zu vergeben hat, und um deren Zuschlag verschiedene Unternehmer im Wettbewerb sind.

Dazu der Kolumnist Gustavo Berganza: "Diese neusten Informationen lassen den Verdacht aufkommen, dass neben den affektiven Gründen, welche Rosenberg zur Aufnahme des Videos veranlasst haben, der Wunsch nach Rache an jenen stand, die ein Geschäft von Rosenbergs Chauffeur und Leibwächter vermiest haben." Berganza bezieht sich damit auf Meldungen der Tageszeitungen *el Periódico* und *Nuestro Diario* vom 22. bzw. 25. Juni, über die Vergabe des staatlichen Auftrags für die Herstellung neuer Identitätsdokumente. An der nationalen und internationalen Ausschreibung nahmen 14 Unternehmen teil, den Zuschlag erhielt das Unternehmen *Easy Marketing*, das unter anderem Gregorio Valdés zu seinen Aktionären zählt. Das Unternehmen *Landosa Digital de Guatemala*, welches ebenfalls an der Ausschreibung teilgenommen hatte, legte beim Verfassungsgericht Rekurs gegen die Auftragsvergabe an *Easy Marketing* ein und erreichte am 10. Juni eine provisorische Suspension.

Zu den Gründungsaktionären von *Landosa* gehören Enrique Vladimiro Castillo Ramos und Luis Eduardo López Florián, ihres Zeichens Chauffeur und Leibwächter von Rosenberg. Das Unternehmen wurde erst am 14. Mai dieses Jahres definitiv ins Handelsregister eingetragen. Rechtlich beraten wurde das Unternehmen vom Anwaltsbüro *Rosen-*

berg Marzano - Marroquín Pemuelier, zu dessen Inhabern, wie es der Name sagt, Rosenberg gehört.

Den Rekurs beim Verfassungsgericht legte der Anwalt Mario Fuentes Destarac im Namen von *Landosa* bzw. von Castillo Ramos ein. Destarac (in dessen Kanzlei unter anderem die Anwältin Lucrecia Mendizábal Barrutia, Schwester von Luis Mendizábal, arbeitet) hatte schon früher mit Rosenberg zusammengearbeitet, und man muss sich fragen, was der Ausschlag für die Gründung von *Landosa* ist, hat doch das Unternehmen keinerlei Erfahrung in der Herstellung von Personalausweisen.

Einige Kommentatoren gehen davon aus, dass hinter dem Unternehmen kein anderer als Rosenberg steckt, der in der Herstellung von Personalausweisen ein gutes Geschäft witterte. Andere wiederum vermuten, dass es vielmehr darum gegangen sei, zu verhindern, dass *Easy Marketing* oder die Unternehmensgruppe *Coen* den Zuschlag für das Geschäft bekommen. In diesem Zusammenhang wären dann auch die Anschuldigungen gegen Valdés in Rosenbergs Video zu interpretieren, nämlich als Versuch, Valdés und undurchsichtige Vergangenheit ins Spiel zu bringen, um den Ruf von *Easy Marketing* zu schädigen.

Vielleicht ging es aber mit der Gründung von *Landosa* und der Verunglimpfung von *Easy Marketing* auch darum, das Geschäft einem dritten Interessenten, der Immobilienkorporation *La Luz* zuzuhalten. *La Luz* erhielt nämlich 1999, als der damalige Präsident Alvaro Arzú im Rahmen seiner Privatisierungskampagne auch die Herstellung von Identitätskarten an ein privates Unternehmen abgab, den Zuschlag. Der Vertrag wurde unter der Regierung von Alfonso Portillo erneuert, unterzeichnet vom damali-

gen und später wegen Korruption entlassenen Leiter der guatemaltekischen Migrationsbehörde, Luis Mendizábal. Jener Luis Mendizábal, der die Kopien von Rosenbergs Video verteilte und nun von Gregorio Valdés angeklagt wird.

Ein weiteres interessantes Detail: Castillo Ramos, der Chauffeur, ist im Verwaltungsrat von 23 Unternehmen, die alle von der Kanzlei Rosenberg juristisch beraten werden. López Florián, der Leibwächter, hat Einsitz in deren 13 (*Prensa Libre*, 23. Juni 2009).

Und um auf die "affektiven Gründe" zurückzukommen, die Gustavo Berganza in seiner Kolumne erwähnt: Offenbar begann die Staatsanwaltschaft bereits wenige Tage nach der Ermordung von Rosenberg seine auch "zwischenmenschliche Beziehung" zu Marjorie Musa zu untersuchen, die zusammen mit ihrem Vater einige Wochen zuvor ermordet wurde. Die mexikanische Internetseite *Informe Indigo Brainmedia*, deren Titelseiten von Blut, Pistolen, Dollarnoten und Westernhelden geziert sind, behauptet zu wissen, "was Rosenberg in seinem Video verschwiegen hat". Obwohl die Beziehung zwischen dem Anwalt und der Unternehmerstochter ein offenes Geheimnis war, behauptet *Informe Indigo Brainmedia* im Besitz von Telefongesprächen und SMS zu sein, welche die beiden über ihre Mobiltelefone ausgetauscht haben.

Offenbar ist auch die guatemaltekische Staatsanwaltschaft im Besitz dieser Aufnahmen und verfolgt die "leidenschaftliche Spur", will oder kann jedoch keine Auskunft über ein laufendes Verfahren geben. Nur soviel: Der Ehemann von Marjorie Musa, Alejandro Rafael Hildebrand Aparicio, verließ drei Tage nach dem Mord an Rosenberg das Land Richtung El Salvador.

GewinnerInnen und VerliererInnen im Geschäft mit den Personalausweisen

Nach 78 Jahren Gültigkeit ist am 30. Juni der guatemaltekische Personalausweis (Cédula de Vecindad) in "Pension" gegangen. Ab sofort soll nur noch das "Persönliche Identitätsdokument" DPI ausgestellt werden und bis Ende 2010 alle Cédulas ersetzt haben.

Während die bisherige Cédula, ein 8-seitiges Büchlein mit einem kleinen Foto der Inhaberin oder des Inhabers und Daten zur Person, von der *Nationalen Druckerei* hergestellt wurden, sollen die neuen DPIs von privaten Unternehmen produziert werden, einen Chip mit den wichtigsten Informationen über den oder die InhaberIn enthalten und diversen Sicherheitsbestimmungen entsprechen. Ebenso soll die individuelle Abrechnung der Mehrwertsteuer sowie die Krankenversicherung über diesen Personalausweis laufen, und es werden auf ihm Informationen über Vorstrafen gespeichert. Ebenso wird er bereits bei den nächsten Wahlen im Jahr 2011 als einzig gültiges Wahldokument im Einsatz sein. Ein (datenschützerisch gesehen) immens heikles und lukratives Geschäft also, um das mit harten Bandagen gekämpft wird.

Leidtragende dieser Neuerung sind nicht zuletzt die FotografInnen, welche die Fotos für die Cédula machten, eine Routinearbeit, die jedoch ein Grundeinkommen garantierte. Dazu Leonel González, Präsident der *Vereinigung der FotografInnen Guatemalas*: "Rund 85'000 FotografInnen haben vom Geschäft mit den Cédulas gelebt. Vorher haben sie uns die Fotos für den Führerschein ,weggenommen' und jetzt die Cédula. Viele von uns werden dadurch in die Arbeitslosigkeit getrieben". Die Fotos für das DPI werden direkt bei Beantragung in den Büros des *Nationalen Personenregisters* (RENAP) digital gemacht und in den Ausweis integriert.

Der Fortgang des Protests der BäuerInnen

Guatemala, 27. Juli. Nach sechs Stunden des Dialogs hoben die Demonstrierenden aus San Juan Sacatepéquez und San Mateo Ixtatán, Huehuetenango Mitte Juli ihre Strassenblockaden auf und geben der Regierung nun drei Monate Zeit, ihre Zusagen zu erfüllen: Hinsichtlich der umstrittenen Zementfabrik in San Juan verpflichtete diese sich zu einer tiefgreifenden Umweltanalyse, die Regierung veranlasst den Abzug der Militärbrigade, die ob des Konfliktes um die Fabrik installiert worden war und richtet einen Dialogrunden ein. Daniel Pascual von der *BäuerInnenereinheit* CUC machte gleichzeitig klar, dass die Proteste wieder aufgenommen würden, sollte die Regierung ihr Wort nicht halten (¡Fijáte! 439).

Den Protesten der CUC folgten in der nächsten Woche Strassenblockaden, Fincabesetzungen in verschiedenen Departements und Barrikaden an den Grenzen zu Mexiko und El Salvador durch rund 30'000 BäuerInnen der Organisationen, die die Koordination *Plataforma Agraria* (PA) bilden. Nach einem Dialogzeitraum über elf Monate fordern die DemonstrantInnen Präsident Álvaro Colom auf, Investitionen zu leisten, um die ländliche Wirtschaft anzukurbeln. Laut BäuerInnenführer Omar Jerónimo gründe der Unmut der LandarbeiterInnen auf der geringen Bereitschaft der Regierung, die BäuerInnen zu unterstützen währenddessen sie den grossen Unternehmen des Landes längst einen Investitionsplan vorgelegt habe.

Das Interesse der *Plataforma* besteht darin, dass im Rahmens der neuen

Politik der Integralen Ländlichen Entwicklung (¡Fijáte! 439) die Landprogramme neu definiert werden, da ihrer Ansicht nach die Schaffung von Arbeitsplätzen unzureichend bedacht wird.

Colom deklariert darauf in einem offiziellen Kommuniqué: "Wir erkennen die Legitimität ihres Kampfes und ihrer Forderungen an, angesichts derer ein Dialograum eröffnet wurde, um ihnen die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken." In dem Dokument wird zudem darauf hingewiesen, dass die Regierung nach den demonstrierten Forderungen der BäuerInnen im Jahr 2008 Mitte Januar eine Reihe von Vereinbarungen mit den BäuerInnenführerInnen unterzeichnet hätte und zahlreiche gemeinsame und hochrangige Fachkommissionen gegründet worden seien, in denen die geeigneten Wege erarbeitet wurden, die Problematiken zu behandeln. Während sich die PA-Mitglieder auf neue Gespräche hinsichtlich konkreter Projekte einliessen, bot die Exekutive zumindest an, 64 "schnelle partizipative Evaluationen" in 64 Verwaltungsbezirken durchzuführen, in denen entsprechend der Regionen und der unterschiedlichen BäuerInnenorganisationen Entwicklungsprojekte durchgeführt werden sollen.

Die konkreten Forderungen der Organisationen umfasst die Umsetzung des Regierungsprogramms der *Solidarischen Pacht*, um die Produktion von Mais und Bohnen zu garantieren und die Gewinnung von einheimischen Samen und Gemüse zu ermöglichen, was rund 35'000 Familien die Sicherung ihrer Ernährung gewährt würde. Ein weiterer Vorschlag ist die Investition von 21 Mio. Quetzales in 20 Unternehmen, darunter Landwirtschaftsbetriebe, Kaffee-Vereinigungen und ProduzentInnen von Getreide. Und schliesslich die Verabschiedung durch den Kongress von Staatsanleihen in Höhe von 3 Mrd. Quetzales, damit die Regierung diese in soziale Programme investieren könne.

Unterdessen nahm Präsident Colom anlässlich des 17. Jubiläums der *Koordination der nationalen Indígena- und BäuerInnenorganisationen* (CONIC) an deren Jahreshauptversammlung teil, was die AnführerInnen des Zusammenschlusses dafür nutzten, dem Regierungschef ihren Antrag zu unterbreiten, den Etat des Landfonds (FON-TIERRAS) um 100 Mio. Quetzales zu erhöhen und den des *Sekretariats für Agrarangelegenheiten* (SAA) um 38 Mio., um die Schwierigkeiten des Landzugangs für Hunderte von KleinstbäuerInnen zu erleichtern.

Schliesslich nutzte auch das *Bäuerliche Entwicklungskomitee* CODECA die Konjunktur und blockierte 16 strategische Strassenpunkte mit der Forde-

rung nach einer jährlichen Subvention an KleinproduzentInnen in Höhe von 3'000 Quetzales, die Förderung einer Agrarreform sowie die Aufklärung des Falls Nueva Linda - der besetzten Finca im Departement Retalhuleu, die im Jahr 2004 gewaltsam geräumt wurde, wobei neun Personen ums Leben kamen und 24 verletzt wurden. Laut CODECA habe sich die Regierung zu all diesen Aspekten bereits im vergangenen Jahr verpflichtet.

Bei den CODECA-Protesten, die von der *Nationalen Kampffront* (FNL) unterstützt werden - diese hatte sich 2005 im Kontext der Ablehnung der *Freihandelsverträge mit den USA* (DR-CAFTA) gegründet - kam es im Ort El Zarco, Santa Cruz Muluá, Retalhuleu zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und Polizei, bei denen sieben BäuerInnen und 12 PolizistInnen verletzt wurden.

Colom rief daraufhin die Protestierenden auf, ihre Aktionen im gesetzlichen Rahmen zu halten und die Bewegungsfreiheit anderer nicht einzuschränken. Und wieder einmal lässt sich Colom ein Hintertürchen offen, indem er versichert: "Der politische Wille der Regierung, mit Reife und Entschiedenheit die Problematik der Bevölkerung auf dem Land anzugehen, ist gross und beständig." Doch "um realistisch und verantwortungsvoll zu sein, muss die Einschränkung der finanziellen Mittel mitbeachtet werden, von der derzeit der Staatshaushalt betroffen ist". Entsprechend sollten die Organisationen ihre Forderungen "realistisch" anpassen.

Die globale Finanzkrise - und die fehlenden Steuereinnahmen - haben die Regierung dazu veranlasst, die Aufnahme von Staatsanleihen in Höhe von 3 Mrd. Quetzales ins Auge zu fassen, um die laufenden Ausgaben zu decken. Noch muss dieses Vorhaben jedoch vom Kongress gebilligt werden.

Javier De León beobachtet derweil in *Incidencia Democrática*, dass die Medien die BäuerInnenproteste vornehmlich in Bezug auf die negativen Auswirkungen auf den Verkehr und als Bremsung der Produktivität des Landes darstellten. Kein Wort dagegen verlören die Medien darüber, dass just die BäuerInnen Teil des Produktionssystems seien und Produkte und Reichtümer herstellten, von denen sie selbst gar nichts hätten. Die tendenziöse Darstellung und Disqualifikation des Protests verhindere derweil nicht nur, die Wirklichkeit kennenzulernen, in der die BäuerInnen auf dem Land leben. Auch mache sie eine Debatte über das Thema unmöglich, an der sich die Bevölkerung beteiligen und sich eigene Kriterien bilden könnte, so De León.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78314 Stahringen/Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: 50.-•

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fija-

Steine im Weg von Justitia

Guatemala, 27. Juli. Die *Myrna Mack-Stiftung* hat 32 so genannte "Flaschenhälse" ausgemacht, die der Justiz im Weg stehen und die Straffreiheit in Strafprozessen begünstigen. Zu diesem Ergebnis kam die Stiftung nach der Analyse von 19 Mordfällen an Männern und Frauen, die zwischen 2005 und 2007 vor Gericht verhandelt wurden. Dabei ist es ohnehin schon ein kleines Wunder, dass es gewalttätige Morde überhaupt bis vor Gericht schaffen, von minderen Straftaten ganz zu schweigen.

In der Studie "Straflosigkeit, Stigma und Gender" werden zehn Morde an Männern und neun an Frauen untersucht, die im Departement Guatemala stattfanden. Diese Auswahl führte zu der Erkenntnis, dass die Faktoren Geschlecht, Alter, soziale Schicht und das äusserliche Erscheinen der Opfer und der TäterInnen Einfluss auf den Prozess haben. Dieses Phänomen gilt auch für Morde, die in der Provinz ausgeführt werden.

Zu den Faktoren, die mit zur Straffreiheit führen, gehören in der Etappe vor dem Prozess Fehler hinsichtlich der Bearbeitung des Tatortes, die Nichterfüllung von Aufbewahrungs- und Vernehmungsmassnahmen von Beweisen und Tat-Beteiligten, der Mangel interinstitutioneller Koordination, hoher bürokratischer Aufwand und Schwächen in der wissenschaftlichen Ermittlung.

In der Zwischenphase identifiziert die Stiftung das Fehlen jeglicher Methodologie in den Streitfällen, die unvollständige Konstruktion von Hypothesen sowie in 14 der 19 analysierten Fälle nicht exakte juristische Klassifizierungen und haltlose Beweise in der Anklage.

In der Urteilsphase dann beobachtete Stiftung die Nichterfüllung des Prinzips der Kontinuität, Probleme im ZeugInnenschutz und Mängel in den von den Gerichten verkündeten Urteilen.

Entsprechend wundert die Information wenig, dass die Staatsanwaltschaftsabteilung für Verwaltungsdelikte allein in diesem Jahr 823 Anzeigen gegen PolizistInnen, StaatsanwältInnen und andere BeamtInnen erhalten hat. Die meisten lauten allgemein auf Autoritätsmissbrauch, Nichterfüllung von Pflichten und Justizverzögerung.

Carlos Castresana, Chef der *Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG), versichert derweil in einem Interview mit der Tageszeitung *Prensa Libre*, die CICIG habe die Mitglieder der illegalen Körperschaften und klandestinen Apparate identifiziert, die im Land operieren. Auch wenn er keine Namen nennt, erklärt der spani-

sche Anwalt, dass diese Informationen Ergebnis der Analysen der Fälle seien, in denen die Kommission ermittelt. Dabei ist es gelungen, zahlreiche bestehende Netzwerke auszumachen, und es steht nun aus, die Beweise dafür aufzubringen, um Rechtsprozesse einzuleiten und die Gruppierungen aufzudecken.

Angesichts der Möglichkeit, dass das Mandat der CICIG nach Ablauf der ersten zwei Jahre vor kurzem nicht verlängert worden wäre, habe man vorsorglich einen Bericht geschrieben, der allein dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen bekannt sei, und in dem die Namen der Personen, Unternehmen und Gruppen, die diese Strukturen ausmachen, aufgeschlüsselt sind. Der Bericht liegt derzeit nur der CICIG als interne Grundlage für ihre weiteren Untersuchungen vor.

"Die geheimen Strukturen innerhalb der Institutionen sind weiterhin intakt, in einigen Fällen sind sie dort selbst entstanden, und zwar vor 20 oder 30 Jahren, gegründet im Zusammenhang des bewaffneten Konflikts. Die Friedensverträge haben bereits vorweg genommen, dass sie zerschlagen werden müssten, doch dies wurde nicht getan. Und bis zum heutigen Tag haben sie sich zu einer Form des gemeinen Verbrechens oder auch des organsierten Verbrechens entwickelt", erläutert Castresana.

Es gebe Organisationen, die inzwischen moderner geworden seien, andere seien modifiziert worden, einige Persönlichkeiten dieser Netze seien von der nationalen Bühne verschwunden, andere hätten sich integriert.

Hinsichtlich der Frage, wer diese Netzwerke konstituiert, weiss Castrsana: "Sie involvieren viele Sektoren, nicht nur den Verwaltungsapparat der Justiz, der Regierung, des Kongresses oder des Gerichtswesens, sondern auch von Unternehmen, Kommunikationsmedien, Anwaltskanzleien und andere". Die Ermittlungen weisen auf, dass es sich um diverse Netze handelt, die von verschiedenen Personen geführt werden, die wiederum in Verbindung stehen mit zahlreichen Interessensgruppen und die sich ihrer Straffreiheit sicher sind. "In Sachen Justizverwaltung sprechen wir von RichterInnen, StaatsanwältInnen und AnwältInnen", konkretisiert der CICIG-Chef. Zudem versichert dieser, dass es innerhalb der Staatsanwaltschaft Strukturen gibt, die sich explizit darum kümmern, dass bestimmte Fälle nicht vorankommen und dass 98% der Straflosigkeit nicht nur in der Verantwortung dieser Institution liegt, sondern auch in den Händen der Polizei und der RichterIn-

nen. "Wir benennen und erheben Disziplinarverfahren gegen diejenigen, von denen wir annehmen beweisen zu können, dass sie es sind, die Stöcke in die Radspeichen stecken", meint Castresana und bestätigt die Untersuchungsergebnisse der *Myrna Mack-Stiftung*.

Bereits 2003 schrieb die *Internationale Menschenrechtskommission* CIDH, dass diese Gruppen assoziiert sind mit dem Drogenhandel, Geiselnahmen, Morden mit Charakteristika sozialer Säuberung, Schmuggel, Raub im grossen Stil, sowie Übergriffen und Drohungen gegen MenschenrechtsaktivistInnen, Justizangestellten, ZeugInnen, JournalistInnen, GewerkschaftlerInnen und andere Sektoren.

Inzwischen hätten diese Strukturen den Einsatz ihrer geheimdienstlichen Methoden und Techniken perfektioniert, die dank einer komplexen Arbeitsteilung funktionieren und sowohl auf finanzielle Ressourcen zurückgreifen können als auch volle Straffreiheit geniessen.

Laut Angaben ihres Leiters ist die CICIG dabei, Beweise zusammenzutragen, die die Informationen über diejenigen stützen, die in die Netzwerke verwickelt sind: "Eine Sache ist es, über die Informationen zu verfügen, die andere ist, Beweise dafür zu haben. In Guatemala ist es einfach, an Informationen zu kommen, denn es gibt viele Quellen, doch dann heisst es, diese zu belegen, um dich abzusichern, dass sie dich nicht auf eine falsche Fährte bringen."

Ein wesentliches Hindernis zur Aufdeckung dieser Strukturen sei der Mangel an legalen Instrumenten. "Deswegen reiten wir so darauf herum, dass wir die Werkzeuge, sprich die Verabschiedung bestimmter Gesetze brauchen und unsere Beschwerde lautet: "Ihr überlasst uns die Fälle, ihr überlasst uns die Verantwortung vor der öffentlichen Meinung, diese Fälle zu lösen, aber ihr gebt uns nicht die Werkzeuge, die wir dafür brauchen", richtet sich Castresana an den Kongress und fügt hinzu: "Es gibt kein einziges Gesetz, das die tatkräftige Mitarbeit von Personen autorisiert, die in Blutverbrechen involviert sind. Und es gibt keine Gerichte mit erweiterter Kompetenz bzw. für Schwerstverbrechen, um solche Fälle in die Hauptstadt zu bringen, die ganz offenkundig nicht in den Gerichten im Landesinneren verhandelt werden können. Die Arbeit ist inzwischen im Gange und wird keine kurzfristigen Ergebnisse zur Folge haben, solange die nötigen Rechtsinstrumente nicht verabschiedet werden, die wir einfordern."

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4

Nach zwei Jahren in Guatemala weiss Castresana, dass neben den klandestinen Apparaten die endemische Korruption Fortbestand hat. Auch wenn ein neues Justizsystem geschaffen wird, werden auf diese Weise die Kriminalitätsraten nicht sinken.

Das grösste Herausforderung, mit der sich laut Castresana das Land konfrontiert sieht, ist die wachsende Präsenz des organisierten Verbrechens: "Das schwerwiegendste Problem ist die Koordination zwischen dem transnationalen organisierten Verbrechen mit dem lokalen organisierten Verbrechen und der gemeinen Kriminalität. Das heisst, dass wenn die Familien seit vielen Jahren mit Drogen, Menschen und anderem handelten, sprechen sie sich heute gut mit

anderen Familien ab, die aus dem Ausland kommen, und mit den Jugendbanden. Das ist ein sehr ernstes Problem und es muss schnell darauf reagiert werden, um es zu unterbinden, so lange noch Zeit ist", warnt Castresana.

Trotz aller Besorgnis nimmt der CICIG-Chef auch Veränderungen wahr: "Es ist bereits ein Wandel in Institutionen wie der Polizei und der Staatsanwaltschaft im Gange. Etwas langsamer geht es im Gerichtswesen, und die Wahrnehmung der Bevölkerung beginnt sich auch zu verändern.

Wir versuchen nun, ein "Mikrosystem der Justiz" zu schaffen mit einer reduzierten Gruppe an PolizistInnen, AnwältInnen und RichterInnen. Sie werden der Samen sein, der später Ergebnisse hervorbringt."

In den letzten zwei Jahren hat sich

die CICIG 15 Rechtsprozessen angenommen, in sieben davon hat sie sich als Nebenklägerin aufstellen lassen. Gemäss Castresana wird die Kommission keine weiteren Fälle mehr annehmen, da die Mission der CICIG nicht in der Aufklärung von Fällen bestehe. "Unsere Funktion besteht darin, die Probleme aufzuzeigen und zu versuchen, dass die Polizei und die Staatsanwaltschaft deutlich fähiger werden, die Fälle vernünftig aufzustellen und in den Gerichten einen sauberen Gesprächspartner haben. Demzufolge liegt die absolute Priorität in der Erneuerung des Obersten Gerichtshofes und des Berufungsgerichtes und zwar unter Konditionen, die es den GuatemaltekinInnen erlauben, dem System zu vertrauen und eines Tages gar stolz auf ihre Gerichte zu sein", detailliert Castresana.

Mittwochs-Frühstück mit dem Präsidenten

Guatemala, 22. Juli. Jeden Mittwochmorgen zwischen 7 und 8 Uhr lädt Präsident Alvaro Colom nun die Bevölkerung zum persönlichen Gespräch. Zur Verfügung steht er auf drei staatlichen Radiowellens und im Internet unter www.guatemala.gob.gt. Unter dem Titel "Präsidentenbüro" übernimmt Colom damit die Idee unter anderem von Venezuelas Präsident Hugo Chávez ("Aló, presidente") und unterhält sich jede Woche mit dem Publikum über ein von ihm gewähltes Thema. Die ZuhörerInnen können sich per Telefon, Kurznachricht über das Mobiltelefon oder per E-Mail an den Staatsherrn wenden.

Dieser wurde zumindest in der ersten Sendung begleitet vom *Präsidentialen Regierungssprecher* Ronaldo Robles und Carlos Menocal, dem Leiter der kürzlich eingerichteten *Präsidentialen*

Kommission gegen Strafflosigkeit.

Am letzten Mittwoch, dem ersten Mal "auf Sendung", gab Colom den ZuhörerInnen zu verstehen, dass er ein klares Nein hinsichtlich einer Verfassungsreform und seiner dadurch möglichen Wiederwahl als Präsident vertrete; er lehnte die Petition über eine Arbeitslosenunterstützung ab, er schlug die Eröffnung eines Technologieinstituts in jedem Departement vor, 4'800 neue PolizistInnen sollen die öffentliche Sicherheit stärken und die Institutionalität von Sicherheit und Justiz solle geschaffen werden, um sowohl das Verbrechen als auch den Drogenhandel effektiv zu bekämpfen.

Auch hat Alvaro Colom nun eine eigene Homepage im sozialen Internet-Netzwerk *Facebook*, um sich auf der vermeintlichen Lieblingsplattform der Ju-

gendlichen bekannt zu machen. Neben Informationen über die Programme seiner Regierung und seine täglichen Aktivitäten und Links zu den 13 Staatsministerien gibt es Anekdoten über ihn und seine Gattin Sandra Torres. "Wir suchen keine AnhängerInnen, sondern wollen die Informationen vervollständigen, die die Presse verbreitet. Dies sind eben alternative Medien, um unsere Botschaft zu vermitteln", erklärt Präsidentensprecher Fernando Barillas.

Derweil befürchten KommentatorInnen, dass gerade das Radioprogramm von Leuten genutzt werde, die ihren Unmut über die Regierungsführung Coloms loswerden wollen. Ihre Sorge besteht darin, dass Colom sich in dem Moment ganz allein auf weiter Flur - bzw. live auf Sendung - befinde und sehen muss, wie er mit den Vorwürfen umgehe.

Guatemalas Menschenrechtsverletzungen vor Gericht

Guatemala, 22. Juli. Gegen den Staat Guatemala liegen rund 200 Fälle wegen Verletzungen der Menschenrechte dem Interamerikanischen Justizsystem vor, die bislang nicht geklärt wurden, vornehmlich aufgrund der Justizverweigerung in den nationalen Gerichten.

Für Ruth Del Valle, Leiterin der *Präsidentialen Menschenrechtskommission* (COPREDEH) - und ehemalige Leiterin der zivilgesellschaftlichen *Schutzereinheit für MenschenrechtsaktivistInnen* (UPD-DH) - ist klar, dass der Staat seine Priorität nicht auf die Erfüllung der vor dem Interamerikanischen System vereinbarten Massnahmen legt oder auf die integrale Entschädigung von Opfern von

Menschenrechtsverletzungen in der jüngeren Vergangenheit des Landes, konkret während des internen bewaffneten Konflikts verübt wurden.

Das Interamerikanische System besteht aus der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission*, die den Staaten moralische Empfehlungen nahelegt und dem *Interamerikanischen Gerichtshof*, dessen Urteile für die Staaten rechtsverbindlich sind. Diesem liegen derzeit acht Fälle aus Guatemala vor, die auf ein Urteil warten, ein weiterer Fall steht kurz vor der Prozessöffnung.

Hinsichtlich der genannten 200 Fälle, die der Kommission vorliegen, steht die Suche nach einer freundschaftlichen

Lösung aus - der erste Schritt im Prozedere des Systems, dem bei Nichterfüllung der Gang vors Gericht folgen kann. 95% der Fälle wurden von zivilgesellschaftlichen Organisationen, durch Familienangehörige von Opfern oder durch die Opfer selbst eingereicht.

Am vergangenen 14. Juli sagten VertreterInnen des Staates und von Organisationen wie FAMDEGUA und CEJIL in Begleitung von ZeugInnen und Überlebenden des vom Militär verübten Massakers von 1982 im Dorf Dos Erres, La Libertad im Petén vor dem *Interamerikanischen Menschenrechtstribunal* aus, das seine jährliche Audienz heuer in Bolivien abhielt (siehe ¡Fijáte! 424).

25 SteuerhinterzieherInnen am Pranger

Guatemala, 18. Juli. Die Regierung veröffentlichte in diesen Tagen eine Liste mit den Namen der 25 grössten SteuerhinterzieherInnen des Landes. Damit will sie nicht nur eine moralische Sanktion gegen die entsprechenden Personen und Firmen verhängen, sondern hofft auch darauf, rund 1,7 Billion Quetzales ("1,700 mil millones") zurückzugewinnen, um den Staatshaushalt angesichts der fehlenden Steuereinnahmen und der ausstehenden Billigung von Krediten und Staatsanleihen durch den Kongress zu finanzieren.

Rudy Villeda, Chef der Steueraufsicht (SAT) weist darauf hin, dass derzeit rund 12'174 Akten wegen Steuer- und Zollbetrugs vom Strafgericht geprüft werden. Villeda wurde bei der Präsentation der Liste begleitet von Vizepräsident Rafael Espada und Finanzminister Juan Alberto Fuentes. Aufgelistet sind Steuerhinterziehungsfälle, die zum Teil im Jahr 2002 ihren Anfang nahmen sowie all jene, die bis Juni 2009 registriert wurden. Während der Regierung Óscar Bergers wurden 13 der jetzt 25 veröffentlichten Fälle angezeigt, unter der aktuellen Regierung sind es bislang gerade einmal 4 Anzeigen.

Angeführt wird die Liste von dem Importunternehmen für Treibstoffe *Alka Wenker, S.A.*, mit Steuerschulden über

359,3 Mio. Quetzales - und einem Bussgeld in gleicher Höhe. Laut Steueraufsicht (SAT) importierte *Alka Wenker* allein zwischen Anfang 2003 und Mitte 2004 rund 114 Mio. Galonen Treibstoff, die das Unternehmen angeblich zoll- und steuerfrei in die benachbarten Länder weiterverkaufte. Doch tatsächlich wurde das Benzin in den Tankstellen "Quetzal" verkauft, ohne die entsprechenden Auflagen zu zahlen. Dieser Betrugsfall wurde der SAT bereits bekannt, als Marco Tulio Abadío Molina deren Chef war. Doch dieser archivierte die Unterlagen - bis herauskam, dass er und sein Sohn 3,6 Mio. Quetzales von *Alka Wenker* erhalten hatten. Beide sind indes in Haft, der Vater sitzt für 30 Jahre, der Sohn für 15, verantwortlich gemacht werden sie der Plünderung der SAT-Konten um 24 Mio. Quetzales mittels der Inanspruchnahme überbewerteter und nicht-existenter Dienstleistungen im Namen der SAT. Vater Abadío steht damit ebenfalls auf der Liste der 25.

Auf dieser folgt an zweiter Stelle nach *Alka Wenker* die Kaffee-Exportfirma *Servicios Múltiples S. A.*, die 147,8 Mio. Quetzales an Steuern nicht bezahlt hat und die gleiche Menge an Bussgeld auferlegt bekommt. Auch Fredy Alberto de León Santiago versuchte mit dem Kaffee-Export Steuern zu sparen, *Agrí-*

cola Comercial Minerva, S. A. nutzte den An- und Verkauf von Kardamon und die *Exportadora e Importadora Buena* den Re-Import von Hühnchen.

Neben Abadío Molina steht der ehemalige Abgeordnete Héctor Loaiza Gramajo als Einzelperson auf der Liste und stand kürzlich gemeinsam mit seiner Tochter vor Gericht, um sich für den Schmuggel von Treibstoff zu verantworten.

Gegen einige Banken wie BANEX, *Citbank* und *Citivalores*, gegen Zuckerfabriken, dem Logistikunternehmen FEDEX, dem regionalen *Henkel*-Konzern und weiteren Unternehmen sind die Strafprozesse bereits durchlaufen und harren nun der Entscheidung ob eingereicherter Einsprüche.

Jorge Montenegro, der Präsident des Unternehmensverbandes CACIF kritisierte die Veröffentlichung der Liste durch die Regierung; für die Ermittlungen und Bestrafungen von Steuerhinterziehungen seien schliesslich die Gerichte da.

Vizepräsident Espada bezeichnete die Publikation hingegen als Verpflichtung der Regierung mit der Transparenz und die Veröffentlichung dieser Liste sei bloss der Beginn eines Prozesses: Alle zwei Monate werde er zukünftig über den Fortschritt der Anzeigen informieren.

In eigener Sache

Ihr lieben Leserinnen und Leser,

nach rund siebeneinhalb Jahren ist nun der Moment gekommen, in dem ich mich als festes Mitglied aus der ¡Fijáte!-Redaktion verabschiede. In den letzten Jahren verantwortlich für den Nachrichtenteil bzw. die Seiten nach dem Hintergrundartikel, war mir das ¡Fijáte!-Baby, wie Barbara und ich es liebevoll nennen, von Beginn an schnell ans Herz gewachsen. Auch wenn mir die Arbeit an sich viel Spass macht, fiel es mir mit der Zeit immer schwerer, einen gesunden Abstand zu den meist haarsträubenden Inhalten und Ereignissen in Guatemala zu halten. So ist aus dem eigentlich als eine Art "Nebenjob" gedachten Schreiben über Guatemala für mich schliesslich, was den Aufwand an Zeit und Energie angeht, deutlich mehr geworden, als es meine persönlichen Kapazitäten erlauben. Um sowohl dem ¡Fijáte! als auch mir selbst tatsächlich den Freiraum für neue Entwicklungen zu geben, habe ich also die schwierige Entscheidung getroffen, mich aus dem vierzehntäglichen Redaktions-Kreissaal zurückzuziehen.

Ich hoffe, Euch und Ihnen in den letzten Jahren mit der Auswahl und Darstellung der Geschehnisse in Guatemala einen umfassenden Über- und Einblick verschafft und euch über das Wichtigste auf dem Laufenden gehalten zu haben. Gerade weil sich im Guatemala der letzten Jahre trotz grossartiger Ankündigungen und leiser Hoffnungen wenig zum wirklich Guten entwickelt hat, braucht dieses Land meines Erachtens weiterhin interessierte und solidarische Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Somit wünsche ich der zukünftigen, sich hoffentlich bald konstituierenden ¡Fijáte!-Redaktionsgruppe den Atem und die Energie sowie die Unterstützung durch die LeserInnen, das Land mittels der Bekanntgabe dessen, was den Menschen dort passiert, weiter zu begleiten.

An dieser Stelle danke ich Euch und Ihnen für die Treue und das Interesse am ¡Fijáte! und Barbara für die gute Zusammenarbeit, gegenseitige Unterstützung in schwierigen Momenten und unsere langjährige, durch den ¡Fijáte! entstandene Freundschaft. Danke auch an Christian Hagmann und Ewald Seiler dafür, mir verwaltungstechnisch den Rücken freigehalten zu haben, und an die Kennik GmbH für die jahrelange grosszügige finanzielle Unterstützung des ¡Fijáte!.

Mit den besten Wünschen und trotz gewisser Erleichterung schwerem Herzen,
Christiane Treeck
(c-tree@gmx.net)